

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 61

Montag, den 14. März 1921

12. Jahrgang

Der russische Bürgerkrieg.

Erfolgreiche Ausbreitung der russischen Aufruhrbewegung.

Reval, 12. März. An der estländischen Grenze in der Nähe von Narwa sind am Mittwoch und Donnerstag große Scharen kommunistischer Flüchtlinge eingetroffen, die in Konzentrationslagern untergebracht worden sind. Ein Regiment, das von Kurland nach Petersburg geschickt worden war und in Kronstadt eingetroffen ist, ist zu den Revolutionären übergegangen.

Helsingfors, 13. März. Ein finnischer Kurier, der gestern aus Moskau eingetroffen ist, bestätigt die Berichte, daß in den Straßen von Moskau verzweifelte Kämpfe stattfinden, bei denen schwere Artillerie in Tätigkeit getreten ist.

Stocholm, 13. März. Nach einem Telegramm der Aga Dagligt Allehanda aus Reval ist das 12 000 Mann starke Kavalleriecorps Budjonny, das von den Bolschewisten den Befehl erhielt, aus Südrussland nach Moskau zu marschieren, um eventuell gegen Kronstadt verwendet zu werden, bei Drel zu den Revolutionären übergegangen. Drei befindet sich nach sicherer Quelle in den Händen der Revolutionäre.

Paris, 13. März. Das Zentralkomitee der russischen Kadettenpartei, das in Paris seinen Sitz hat, erläßt einen Aufruf zur Aufmunterung der Gegenrevolutionäre. Darin wird gesagt, die Stunde der Befreiung sei da. Der Mut kehre bei denen wieder, die mit schmerzlicher Bedrängnis bis jetzt die Schwäche der Gegenrevolution besüchteten.

In diesem Zusammenhang muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die russische Aufruhrbewegung durchaus keinen bürgerlich gegenrevolutionären Charakter hat. Die Aufrihrer stehen auf kommunistischem Boden und kämpfen lediglich gegen den Terror und die Mißwirtschaft der bolschewistischen Diktatur. Das erhellt auch aus der nachstehenden Meldung:

Kopenhagen, 12. März. Nach einem Telegramm aus Helsingfors vom Freitag nachmittag ist in Kronstadt eine Feuersbrunst ausgebrochen. Das Geschloßfeuer ist außerordentlich lebhaft. In der Nacht zum 10. März wurde aus Kronstadt ein drahlloses Telegramm verbreitet, in dem die Arbeiterschaft Kronstadts eine Umbildung der Räteregierung verlangt, daß an ihrer Spitze keine reaktionären Generale stünden und daß sie nicht mit Finnland verhandelt hätte. Sie verfügen über genügend Waffen, Munition und Lebensmittel, um den Kämpfen ein Ende zu machen.

Polnische Stimmkartenaufkäufer.

Breslau, 13. März. Von der Zentralstelle für die technische Durchführung der obereschlesischen Abstimmung wird mitgeteilt, daß auf der Fahrt von Kottbus bis Sagan polnische Stimmkartenaufkäufer festgenommen worden sind. Weiter haben sich in mehreren Orten, auch in Oberschlesien, polnische Agenten als Kriminalbeamte und als Vertreter deutscher Abstimmungsorganisationen ausgegeben. Sie haben die Papiere der Abstimmungsberechtigten zur Einsicht gefordert und sind dann mit diesen verschwunden. Es muß deshalb erneut darauf hingewiesen werden, daß kein Abstimmungsberechtigter während der Reise und im Abstimmungsgebiet seine Stimmkarte aus der Hand geben darf.

Die Zentralstelle macht die Abstimmungsberechtigten darauf aufmerksam, daß angeblich Mitglieder der parlamentarischen Ausschüsse des Kreises Königshütte versuchen, Sahotage mit den Stimmkarten der Kategorie B zu treiben. Diese Stimmkarten wurden ungestempelt an die Stimmberechtigten abgehandelt und werden jetzt telegraphisch zur Abstempelung zurückgefordert. Kein Stimmberechtigter darf seine einmal erhaltene Stimmkarte wieder zurückschicken, sondern muß mit fehlerhafter ungestempelter Stimmkarte abreisen und diese durch Vermittelung der deutschen Abstimmungsorganisation in Oberschlesien berichtig lassen.

Breslau, 12. März. Anträge auf Erteilung von Passierscheinen auch für die Reisebegleiter können auch jetzt noch gestellt werden, und zwar sind sie an das zuständige interalliierte Kreisbureau zu richten. Dem Antrag müssen zwei Lichtbilder beigelegt sein. Reisebegleiter haben in ihren Anträgen anzugeben: Personalien, wen sie begleiten müssen, und warum (ärztliche Bescheinigung ist beizulegen), wo der zu Begleitende abstimmt, und von wo und bis wohin sie die Personen begleiten sollen.

Vertrauensvotum für die Reichsregierung.

Berlin, 12. März. Am Reichstag wurde ein Antrag Kollmann (Kommunist), die wirtschaftlichen Beziehungen

zu Sowjetrußland wieder aufzunehmen, der mit einem Mißtrauensvotum verbunden war, gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt, ebenso der Mißtrauensantrag der Unabhängigen. Der Antrag der Regierungsparteien (Vertrauensvotum) wurde mit 268 gegen 49 Stimmen, nämlich diejenigen der Unabhängigen und Kommunisten, angenommen.

Da die Haltung der deutschen Delegation in London auch von sozialdemokratischer und deutschnationaler Seite kritisiert worden war, begnügte man sich mit folgender Formulierung des Vertrauensvotums:

Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat.

Berlin, 12. März. Wie die „Tägl. Rundschau“ aus Düsseldorf meldet, haben die allierten Militärbehörden in Düsseldorf über 650, in Ruhrort 230 und in Duisburg 475 Privatwohnungen für Offiziere und Beamte beschlagnahmt. Die Gesamtzahl der bisher in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort einmarschierten alliierten Truppen beträgt 10 500. In Düsseldorf sind die ersten 280 belgischen Zollbeamten eingetroffen, für welche innerhalb acht Tagen die nötigen Wohnungen von der Stadtgemeinde bereitgestellt sein müssen.

Paris, 12. März. Der Senat bewilligte gestern die Einberufung des Jahrganges 1921. Barthou, der die Vorlage vertrat, erklärte, es sei unmöglich, nur mit dem Jahrgang 1920 den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage gerecht zu werden. Frankreich, das seinem innersten Wesen nach friedliebend ist, (Das haben wir in den letzten zwei Jahren oft und gründlich genug gemerkt. D. Red.), kann nicht des Imperialismus geziehen werden. Es ist stets bereit, dies zu beweisen. Es hat zu sehr unter dem Krieg gelitten, um einen neuen Krieg zu wünschen. Aber Frankreich hat auch die Gefahren ungenügender militärischer Vorbereitungen kennen gelernt. Barthou schließt unter lebhaftem Beifall: „Das siegreiche Frankreich ist nicht weniger verständigungsbereit, noch auch weniger friedliebend als im Jahre 1914. Aber es muß einen Vertrag erlangen, der ihm gewisse Rechte gibt. Es will, daß dieser Vertrag zur Durchführung gelangt, und deshalb braucht es ein starkes Heer. (Die Tatsache der französischen militärischen Rüstungen ist bei weitem nicht so beschämend, wie ihre verlogene Begründung. D. Red.)“

Polen behält deutsche Güterwagen für Militärtransporte zurück.

Berlin, 12. März. Die polnische Gesandtschaft hat die deutschseits abgegebene Erklärung, daß in Polen etwa 50 000 deutsche Güterwagen zurückgehalten werden, in längeren Ausführungen bestritten. Die deutschen maßgebenden Stellen halten jedoch ihre Darstellung, die auf genauen rechnungsmäßigen Unterlagen beruht, aufrecht und erklären dazu noch folgendes: Zurzeit befinden sich in Polen über 82 000 deutsche Güterwagen, von denen etwa 30 000 beim Rückzug aus Kongresspolen und bei der Abtretung der westpreussischen und Posenschen Gebiete zurückgelassen sind. Der Rest von ungefähr 50 000 Wagen wird von den Polen unberechtigterweise zurückgehalten. Es ist richtig, daß infolge eines gewissen deutsch-polnischen Verkehrsverkehrs und wegen des über polnische Linien geführten Kohlenverkehrs aus Oberschlesien nach deutschen Gebieten und Danzig ständig eine gewisse Menge deutscher Güterwagen sich in Polen befinden muß. Dabei handelt es sich aber nur um wenige tausend Wagen. Sogar die Reparationskommission hat am 6. Januar 1921 erklärt, daß zu dem Kohlenverkehr von Oberschlesien durch Polen 8500 deutsche Güterwagen auf polnischen Linien genügen. In der Erklärung der polnischen Gesandtschaft ist dieser Beschluß unrichtig wiedergegeben, denn er stellt keineswegs fest, daß sich zu wenig deutsche Güterwagen in Polen befinden. Der Beschluß der Reparationskommission, der ohne Anhörung der deutschen Eisenbahnverwaltung und ihrer Meinung nicht ohne genügende sachliche Begründung gefaßt ist, ist im übrigen beanstandet worden. Auf jeden Fall wird jedoch auch durch diese Notwendigkeiten des Nachverkehrs der polnische Wagenschuld von 50 000 Wagen keineswegs erklärt und entschuldigt. Sie ist anscheinend vor allem dadurch verursacht, daß Polen in großem Umfange deutsche Güterwagen zu militärischen Zwecken benutzt hat.

Der Präsidentenwechsel in Amerika.

Während die Aufmerksamkeit der Welt von London gebannt war, vollzog sich in Washington ein Wechsel. Bedeutung auch für Europa schwerlich überschätzt werden kann. Wilson hat die Präsidentschaft verlassen, um seinem Nachfolger Harding Platz zu machen. Mit ihm räumte nach achtjährigem Aufenthalt die demokratische Partei das Weiße Haus, wo sie nächsten vier Jahre, vielleicht noch länger, die Republikaner herrschen werden. Man kann die 28 Regierungswechsel der Vereinigten Staaten alle mustern, man vermag keinen zu entdecken, der diesen an Bedeutung auch nur im entferntesten gleichkommt. Die Geschichte der Union weiß zwar, wie bei Washington, Lincoln, Roosevelt, von einer außerordentlichen Spannung zu berichten, womit dem Amtsantritt entgegengekehrt wurde. Allein das Interesse ging bislang doch kaum über das Gebiet des Sternenhimmels hinaus, während der Regierung Harding mit weitweiter Spannung entgegengekehrt wird. Mit scharfem Ohr hat die Weltöffentlichkeit den Äußerungen des Siegers der Novemberwahl gelauscht, mit wachsamem Auge hat sie die vorbereitenden Maßnahmen der neuen Regierung verfolgt, um sich zu vergewissern, ob von ihr Besseres für die Friedenssehnsucht zu erwarten ist.

Wilson's steinerweichende Hilfslosigkeit hat ihm mehr rangigen Hohn als stilles Mitleid eingetragen. Als verlassener, gebrochener Mann ist er von der Bühne abgetreten, wo er vor acht Jahren wie ein verheißungsvoller Stern erschien. Auch wenn er seine Entlassung nicht als Unglück gehabt hätte, er wäre dennoch eine schmachvolle Enttäuschung gewesen, dann freilich weniger für die Welt, wohl aber für die amerikanische Arbeiterklasse. Wenn das nicht deutlich sichtbar geworden ist, so trägt daran seine Rolle im Weltkrieg, oder eigentlich seine fragwürdige Haltung in der Friedensgismischerlei zu Paris wesentlich die Schuld. Noch eher als die kriegsmüden Völker hat die Arbeiterklasse Amerikas hundertfältigen Grund gehabt, sich von Wilson genarrt zu fühlen. Wie jene bei Beginn der Friedensverhandlungen, so hat diese bei Beginn seiner Präsidentschaft geglaubt, annehmen zu müssen, in ihm einen Staatsmann vor sich zu haben, der den Sklavenbefreier noch um ein Erkleckliches überrage. Ihr Glaube rannte sich gleichfalls an seinen Worten, besonders aber an seiner Einführungsadresse, empör. In dieser sprach er die verheißungsvollen Worte:

„Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Errungenschaften, aber wir haben uns keine Zeit gelassen, nachzudenken über ihre Kosten an Menschenleben, über die durch Ueberanstrengung gebrochener Kräfte, über die bedrückenden körperlichen und geistigen Opfer der Männer, Frauen und Kinder, auf die die ganzen Jahre hindurch alle Lasten unarmherzig gefallen sind. Deren Wehgeschrei und Todeskampf hat unsere Ohren nicht erreicht. Die Nation ist aufgerüttelt von der ernststen Leidenschaft, von der Erkenntnis des Unrechts, der verlorenen Ideale und des Mißbrauchs der Regierung zu einem Werkzeug des Bösen und der Vertommenheit. Menschenherzen hoffen auf uns! Hoffende Menschen erwarten von uns, zu erfahren, was wir zu tun gedenken!“

Eine plastischere Darstellung ihrer Lage haben die arbeitenden Klassen noch von keinem Staatsoberhaupt vernommen. Wilson war sich, wie die Einführungsadresse zweifellos bezeugt, bei seinem Amtsantritt bewußt: Hoffende Menschen, die in den kapitalistischen Seelen geschundenen Bürger warteten darauf, daß er ihnen seine mächtige Hand reiche. Sie warteten acht lange bange Jahre — vergeblich! Die so trefflich geschilderte Drangsal ist nicht nur nicht gemildert, sondern noch beträchtlich verschlimmert worden. Die Geträugelten haben entsprechend quittiert. Mit jeder Wahl gingen ihrer immer weniger mit dem demokratischen Zettel zur Wahlurne. Und Wilson hätte sein antilichs Dasein wohl schon 1916 schließen müssen, hätte er nicht in einem fort und heilig versprochen, daß er das Land dem Kriege fernhalte. Wie dieses Versprechen gehalten worden ist, weiß alle Welt. Zu dem genarrten Arbeitervolk gesellten sich nun als Leidtragende alle die andern Völker.

Klassender als bei Wilson ist noch bei keinem amerikanischen Präsidenten der Gegensatz zwischen Wort und Tat, oder, um es ganz milde auszudrücken, zwischen Worten und Können gewesen: Der unter schamloser Ausbeutung leuzenden Arbeiterklasse versprach er feierlichst Erleichterung ihres trostlosen Schicksals, Billigkeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Verschonung vom Kriege — er hat sie auf die europäische Schlachtabank getrieben, und daheim sind an ihr von seiner Verwaltung alle Verbrechen vom kleinsten bis zum gemeinsten verübt worden. Bergewaltigung der verfassungsmäßigen Freiheiten wechselten ab mit Massenverhaftungen, schiffsweisen Deportierungen, und die Klassenjustiz feierte ihre wildesten Orgien. Daneben blühte die Korruption.

So hat Wilson alle, die an ihn glauben, schmählich ge-
läuscht, seine eigenen Freunde, die amerikanischen Arbeiter
und die fremden Völker. Er mag davon persönlich we-
niger schuld sein und hat, was man als gemäß anzunehmen
geneigt ist, eine bessere Erfüllung seiner Versprechen ge-
wünscht. Aber ein Staatsmann wird nicht nach seinen
Wünschen, sondern nach seinen Taten, nach seinem Ernste
beurteilt. Mit diesem Richtmaß richtet ihn sein eigenes
Volk und die Welt.

Die völlige Niederlage der Politik Wilsons in Europa
wird in Amerika eher noch schmerzlicher empfunden als in
irgend einem anderen Lande. In der Union vermochte man
sich, und vermag sich, allgemein gesprochen, auch heute noch
keine klare Rechenschaft darüber zu geben, wie das Unglück
möglich ward. Die Ursachen des Verhängnisses in der euro-
päischen Wirklichkeit zu erkennen, ist nur wenigen amerikani-
schen Augen geblieben.

Es offenbart sich, daß das, was von 1823 bis 1918 der
amerikanischen Staatspolitik letzter Schluß gewesen sein
mag, von nun an höchste Unvernunft ist. Denn das auf
Amerika beschränkte, geschäftliches Herbergschaffen auf das
europäische Chaos heißt, den Unfrieden Europas verlängern
lassen, heißt, die europäischen Völker von friedlicher Arbeit
abhalten, heißt, Millionen Kunden verlieren, was den eigen-
en Handel zur Weltwirtschaft, die eigene Industrie zum
Stillstand verurteilen und die wirtschaftliche Ordnung Amerikas
abbauen heißt.

Oben Weg aus diesem Dilemma zu finden, wird die
oberste Aufgabe des neuen Präsidenten Harding sein. In
er im Gegensatz zu dem abtretenden Wilson über un-
bedingten moralischen und politischen Kredit verfügt, wird
er auch Schritte auf dem Gebiet der Weltpolitik wagen
können, die nicht mit den Grundgedanken der alten und neuen
Monroe-Doktrinen in Einklang zu bringen sind. Die Zu-
sammenstellung eines Kabinetts läßt darauf schließen, daß
er der amerikanischen Außenpolitik neue Linien zu ziehen
gedenkt. Unter den neuen Ministern befinden sich einige,
die alles andere denn republikanische Maschinenpolitiker sind.
Das Haupt des Außenministeriums, Hughes, ist einer der eifrigsten
Vertreter der internationalen Schiedsge-
richtbarkeit, einschließlich der Schiedsrichtungs- und
Richter des Handelsministeriums ist der auch in Europa wohl-
bekannte Hoover ausgetreten, der über ausgebreitete Kennt-
nisse der Weltwirtschaft verfügt. Für ihn ist die Hebung der
amerikanischen Handels- und der Industrie gleichbedeutend
mit der Hebung der Kaufkraft Europas. Und was den neuen
Ministern an Neigung, in die europäischen
Verhältnisse ordentlich einzugreifen, fehlen sollte, werden
bald die Ereignisse erzwingen. Nebenfalls ist
es mit den außenpolitischen Vertrieben der Union bald und wohl
für immer vorbei.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz kann nur ein
neuer Aufbruch für Amerika sein, welcher in den europäischen
Reigen eintritt. Es ist an der zurechtstellenden Reac-
tion der Wiedergutmachung, dem Völkerbunde der Ver-
ständigung, dem wirtschaftlichen Aufbau der alten Welt
eben so sehr interessiert wie deren Völker selbst. Diese, aber
richtiger, ihre Streitigkeiten eher vernähmen, als eine
gewalttätige Entscheidung hinsichtlich ihrer, nicht zu einer
lebhaften Lösung zu kommen. Ohne die Hilfe Amerikas
ist ein Ende des schmerzlichen Schreckens ohne Ende nicht abzu-
sehen.

Erleichterung der Vorschriften für die Abfertigung in Ober-Ostpreußen.

Dresden, 11. März. Nach einer Anordnung der Inter-
nationalen Kommission sind die Vorschriften über die Abfertigung
mit Schienen oder ohne Schienen in der Regel für die Abfertigung
ohne Schienen auf dem Festland vorgezeichnet. Alle Pakete
der Güter haben die Vorschriften erhalten, niemand dieser
Vorschriften werden zur Erweiterung der Abfertigungsberechtig-
keit mancherorts Anwendung zu machen dürfen. Diese Vor-
schriften sind in der Regel für die Abfertigung ohne Schienen
auf dem Festland vorgezeichnet. Die Vorschriften sind
in dem Sinne, wenn die Vorschriften nicht mehr möglich
sind.

Die Vorschriften der Internationalen Kommission
für die Abfertigung ohne Schienen sind in der Regel für die
Abfertigung ohne Schienen auf dem Festland vorgezeichnet. Die
Vorschriften sind in dem Sinne, wenn die Vorschriften nicht mehr
möglich sind.

Die deutsche Wirtschaftslage im asiatischen Urteil.

Eines der besten Argumente der Gegner Deutsch-
lands bei ihren fortgesetzten Hinweisen auf den angeblichen
wirtschaftlichen Niedergang und die Finanzkrise Deutschlands
ist der üppige Luxus, der in gewissen Bevölkerungsteilen
hoch so aufdringlich breit macht. So unbestreitbar und be-
dauerlich dieser Luxus ist, ist doch eine ganz internationale
Erkenntnis — an sich auch ist es grenzenlos oberflächlich
ist doch keine verallgemeinernde Hebertragung auf die Le-
bensverhältnisse des ganzen Volkes. Um so beachtens-
werter ist deshalb das mittlere schiedsgerichtliche Urteil eines neu-
tralen Ausländers, der in keiner Beobachtung die nationale
Grundgesinnung mit kritischer Arbeit hat, das wir nachstehend
folgen lassen.

Aus Stockholm wird von P. P. M. geschrieben:

Nurzuviel wird der Direktor der Stockholmer Börse bei
seiner bei einer Studienreise nach Deutschland im vorigen

Jahre gesammelten Eindrücke. Zuerst schilderte er den un-
günstigen Eindruck, den auf ihn, der Deutschland vor dem
Kriege gekannt hat, die Reise- und die Hotelverhältnisse ge-
macht hätten, und wies auf den moralischen Niedergang
hin, dessen Grund er in den Wirkungen des Krieges und
insbesondere in den verweirten Zu-
kunftsaussichten fand. Es sei leider dahin gekom-
men, daß in Deutschland für Geld alles erlaubt und zu
haben sei. Die Ernährung sei sehr schlecht, der Preis
aller Lebensmittel in Markt ungeheuer hoch. Kleidungs-
stücke seien geradezu unerreichbar. Das
Elend der Kinder könne gar nicht furchtbar genug
geschildert werden. Gewiß hätte Deutschland den Entente-
forderungen gegenüber ein Interesse daran, seine Lei-
stungsfähigkeit so gering wie möglich darzustellen, aber daß
es zu heimgeluchtes Volk die erforderliche Summe nicht
annähernd aufbringen könne, sei offenbar; könne es doch
trotz der phantastischen Steuern jeder denkbaren
Art keine Einnahmen nicht einmal mit seinen eigenen Aus-
gaben in Einklang bringen. Die deutsche Konkurrenz sei
gewiß nicht so gefährlich, wie man oft behauptet; viele
Waren müßte Deutschland schon deshalb ausführen, weil es
sich ihren Konsum selbst nicht leisten könne.

Protestkundgebungen ausländischer Arbeiter- parteien gegen den bolschewistischen Einfall in Georgien.

Berlin, 11. März. Die hiesige Gesandtschaft der Re-
publik Georgien übermittelt uns mehrere Protestkun-
dgebungen auswärtiger Arbeiterparteien gegen den bolsche-
wistischen Überfall auf Georgien:

Die sozialdemokratische Partei Schwedens erläßt fol-
gende Protestkundgebung: Das bolschewistische Rußland hat
auf das friedliche Georgien einen schmachvoll-räuberischen
Überfall verübt, für den auch nicht der Schatten einer Be-
rechtigung zu erbringen ist. Dieser Überfall deckt restlos
den imperialistischen Charakter der Erben des Zarismus —
der Bolschewisten auf, die jetzt über Rußland herrschen und
auf die Rolle der Verführer des Sozialismus Anspruch er-
heben. Das Verbrechensverbrechen dieses Überfalles verschärft
sich noch dadurch, daß die Regierung von Georgien aus So-
zialisten besteht, die der ganzen Welt als hervorragende
Arbeitskämpfer bekannt sind. In Treue dienen sie der
Arbeiterklasse und besitzen das Vertrauen der erdrückenden
Mehrheit des georgischen Volkes. Die Arbeiterpartei von
Schweden stellt fest, daß die Bolschewisten, die alle Grund-
sätze des Sozialismus verhöhnen, von neuem das Selbstbe-
stimmungsrecht der Völker verletzen, und erhebt schärfsten
Protest gegen den Überfall der Sowjetregierung auf
Georgien.

Das Zentralkomitee der S. P. Schwedens.

Der Vorsitzende: Hjalmar Branting.

Der Sekretär: Möller.

Aus Kopenhagen kommt folgende Erklärung: Die sozia-
listische Partei Dänemarks schließt sich den Protestkun-
dgebungen gegen den Überfall Sowjetrußlands auf die
georgische Republik an. Wir stehen ein für das Selbstbe-
stimmungsrecht der Völker und glauben, daß die inter-
nationale Sozialdemokratie für diesen Grundsat kämpfen
muß.

Staining.

Die englische Arbeiterpartei läßt folgende Entschlie-
hung: Der Internationale Ausschuss des Kongresses der eng-
lischen Gewerkschaften und der englischen Arbeiterpartei hat
mit schmerzlichem Bedauern davon Kenntnis erhalten, daß
der unabhängige Staat Georgien von bolschewistischen
Truppen überfallen wurde. Das Komitee sendet der georgi-
schen Republik den Ausdruck seines aufrichtigen Wunsches,
daß Georgien seine Unabhängigkeit und seine demokrati-
schen Institutionen bewahren möge.

Der Vorsitzende Arthur Henderson.

Endlich „Entwaffnung“!

Wie das „Lagebl.“ hört, hat der Reichsminister des In-
nern einen Gesetzentwurf über das Verbot von Selbstschut-
zorganisationen fertiggestellt. Veranlassung zu der Vorlage
ist das Verlangen der Entente in ihrer Note vom 29. Jan.
bis zum 15. März gefällte Bestimmungen über die
Durchführung des Artikels 177 und 178 des Friedensver-
trages erlassen worden. Der Gesetzentwurf entspricht in den
entscheidenden Bestimmungen beinahe wörtlich den beiden
genannten Artikeln des Friedensvertrages. Mit der Durch-
führung des Gesetzes soll ähnlich wie bei dem Entwaffnungs-
gesetz ein Reichsausschuss betraut werden, dem ein Beirat
von 15 Mitgliedern zur Seite stehen soll. Verstöße gegen
das Gesetz sollen mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit
Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. (Man
darf annehmen, ob sich daraufhin der Staatsschutz mit
den Waffenabstellungen der Putschliebhaber beschäftigen
wird, von denen wir kürzlich berichteten. D. Red.)

Die neue thüringische Verfassung verabschiedet.

Weimar, 11. März. Der thüringische Landtag hat heute
die vorläufige Verfassung für Thüringen endgültig verabschie-
det. Aus diesem Anlaß hat die thüringische Landes-
regierung eine Annahmeerklärung für politische und disziplinarische
Vergehen erlassen.

Der französische Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen“.

Paris, 12. März. In der Entschlossenheit, die der Ver-
nunftgemäßheit der C. G. T. in der Wiedergutmachungs-
frage gegenüber hat, wird erregt, daß die Arbeiter-
schaft sich weder in der Form noch in der Sache dem Wiedergutmachungsprogramm anschließen könnte. Deshalb
erklärte die C. G. T., daß sie in dieser Frage keine Verant-
wortung übernehme und daß die militärische Besetzung
neuer deutscher Städte sowie die in der Zollfrage getrof-
fenen Maßnahmen als die Taten der Regierung allein be-
trachtet werden müssen. Wie die C. G. T. gegen die
Klauseln des Friedensvertrages protestiert hat, kann sie sich
jetzt den Irrtümern der Regierung und ihren Folgen nicht
anschließen.

Deutschbolschewistische Jugendvergiftung.

Daß der Antisemitismus an sich eine durch und durch
unethische Bewegung ist, ist von vornehmen Charakteren in
allen politischen Lagern oft genug hervorgehoben worden.
Wenn es hierfür noch eines Beweises bedarf, so empfehlen
wir denjenigen Kreisen, die bei allen Gelegenheiten sich so
besorgt um die Sittlichkeit der Jugend zeigen, bringend, sich
einmal mit gewissen deutschbolschewischen Heberzeugnissen zu
beschäftigen, die seit einiger Zeit in großen Massen gerade
unter den Jugendlichen verbreitet werden. Vor uns liegt ein
Heftchen, das unter dem Titel „Wissenswertes für die
deutschblütige Jugend, von Ernst Strell“ (Verlegt bei Karl
Rohm in Urech) sich mit der Rassenfrage beschäftigt. In der
Form einer Unterhaltung zwischen einem deutsch-natio-
nalen Handlungsgehilfen (!) und zwei
jugendlichen (!) Handwerkerlehrlingen wird in dieser „Jugend-
schrift“ die roheste Rassenhebe propagiert. Es wird so dar-
gestellt, als ob nur Juden junge Mädchen verführten, wäh-
rend den deutschbolschewischen Kreisen die schmutzige Affäre
Schand ansehend nicht mehr im Gedächtnis haftet. Aber
das Tollste ist doch die Art und Weise, in der der Jugend
die Folgen solcher angeblicher Verführungen geschildert
werden. Wir zitieren aus der genannten deutschnationalen
Jugendchrift wörtlich:

„Es gibt keine größere Lust als die, als den Ge-
schlechtsverkehr zwischen Rassenfremden. Die Zahl der
Fälle, in denen Juden junge deutschblütige Mädchen ver-
führen, geht in die Tausende. Ein solches von einem
Juden geschwängertes Mädchen ist für die deutschgerma-
nische Rasse vollkommen verloren, ja sogar schädlich. Denn
alle Kinder, die aus einer späteren Ehe eines solchen Mäd-
chens mit einem deutschblütigen Manne hervorgehen,
werden Judenkinder. „Die Frucht ist verdorben“ sagt der
Landwirt in bezug auf die Tierzucht, wenn eine minder-
wertige Rasse auch nur ein einziges Mal zur Kreuzung
zugelassen wurde. Jedes Bandmädchen kann Ihnen diese
einfachen Vorgänge bestätigen.“

Es sollen hier die zahlreichen Unwahrheiten, Verallge-
meinerungen und Fälschungen der antisemitischen Heberschrift
nicht widerlegt werden. Aber fragen müssen wir doch, wie
es kommt, daß Geistes- und Jugendzieher, von denen
doch ein großer Teil im deutschnationalen Lager steht, die
Verbreitung solcher Schmutzes, von dem wir unter Ueber-
mahnung des Kleins eine Probe wiedergegeben haben, unter
der Jugend zulassen. Glauben sie, die so ängstlich und fein-
fühlend sind, wenn es sich um sozialdemokratische Zusä-
rungschriften handelt, daß die Verbreitung dieser deutsch-
bolschewischen, in jeder Hinsicht tierischen Zuchtlehre besonders
veredelnd auf die deutsche Jugend einwirken könne?

Lohnabbau auf den amerikanischen Eisenbahnen

Paris, 11. März. Nach einer Havasmeldung aus New-
york erklärten höhere Eisenbahnbeamte: Um den Bankrott
zu vermeiden, müßten die Löhne der Eisenbahner herabge-
setzt werden. Dann wird es auch möglich sein, die Eisen-
bahntarife herabzusetzen, die gegenwärtig zu hoch für die
Zahlfähigkeit des Publikums wären. Die Führer der Eisen-
bahner weigerten sich, über ihren Standpunkt in dieser Frage
eine Mitteilung zu machen. Mehrere Eisenbahngesell-
schaften haben bereits die Löhne der Eisenbahner herabgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

Konsumgenossenschaftliche Fischversorgung. Am 1. Februar hat
die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.,
Hamburg, in Geestemünde, dem größten Fischhandelshafen Deutsch-
lands, einen Fischhändlerverband eröffnet. Durch die Errichtung eines
eigenen Einkaufs- und Vertriebsunternehmens kann die Gesellschaft unter
Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels alle einlaufenden Aufträge
der Konsumvereine schneller erledigen. Durch den direkten Ein-
kauf auf den Riffungen im dortigen Fischereihafen ist die Gesell-
schaft in der Lage, aus erster Hand einzukaufen und ihren Genossen-
schaftsmitgliedern beste Ware zum niedrigsten Tagespreise zu liefern.
Dadurch wird den Konsumvereinen die Möglichkeit gegeben, auch
auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung mit frischen preis-
bildend zu wirken, und zwar preislegend im Interesse der minder-
bemittelten Verbraucher. Bei der Lösung dieser Aufgabe entstehen
manchen Konsumvereinen bezw. für manche Warenverteilungsstelle
zunächst noch Schwierigkeiten, denn bekanntlich vertragen sich
Kaffee, Butter und andere Lebensmittel sehr wenig mit Fischen,
selbst dann noch nicht, wenn letztere nicht mehr zu den Lebenden
gehören, denn der eine oder der andere kommt dabei in unange-
nehmen Geruch. Doch auch diese Schwierigkeit wird behoben wer-
den können durch Schaffung besonderer Einrichtungen, sei es durch
Sonderverkauf an bestimmten Tagen vor Beginn der allgemeinen
Verkaufstätigkeit oder durch Verkauf der Fische in abgeordneten
Mägen. An der planmäßigen Mitwirkung der befreundeten Kon-
sumvereine und der verantwortlichen Unterstützung durch die
organisierten Verbraucher wird es nun liegen, ob dieses neue
Unternehmen der Großeinkaufs-Gesellschaft sich zu dem entwickelt,
was das Ziel aller konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen sein
soll: ein weiterer entscheidender Faktor auf dem Gebiete der Lebens-
mittelversorgung und Preisbestimmung. Wüßte man bereits in
Bezug auf die Fischhändlerverband eröffnet die Großeinkaufs-
gesellschaft in ihrer Arbeit eine eigene Fischhandlung und Mari-
nierenanstalt. Wie der Fischhändlerverband im größten Fischhandels-
hafen Deutschlands in Geestemünde, seinen Sitz erhält, so wird
am Hauptort der deutschen Fischindustrie, in Altona, die Fisch-
händler- und Marinierenanstalt der Großeinkaufs-Gesellschaft ihren
Betrieb aufnehmen.

Danziger Nachrichten.

Das deutsch-polnisch-Danziger Durchgangsabkommen.

Königsberg, 12. März. Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Nach monatelangen zähen und schwierigen Verhandlungen ist das auf Grund des Art. 98 des Versailler Vertrages zu schließende deutsch-polnisch-Danziger Durchgangsabkommen materiell unter Dach und Fach gebracht. Wenn es gelungen ist, in manchen wichtigen und grundsätzlichen Fragen eine Lösung zu finden, die sich vom Standpunkt der ostpreussischen Interessen aus verantworten ließ, so ist dies zum Teil auch auf die Tätigkeit des von der Völkervereinigung mit der Leitung der Verhandlungen beauftragten französischen Präsidenten der Verträge zurückzuführen. Die Gerechtigkeit erfordert es, festzustellen, daß dieser Mann sein schwieriges Amt mit unbedingter Loyalität und Unparteilichkeit durchgeführt hat. Besonders wertvoll war es, daß er als Eisenbahnfachmann hervorragendes Verständnis für die für den Durchgangsverkehr gerade so wichtigen Eisenbahnverkehrs- und Betriebsfragen zeigte und hier immer auf einen Ausgleich der Interessen hinzuwirken sich bemühte. Der Vertrag kann in seinen Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden, da er zwar in allen Teilen paraphiert ist und die von den beteiligten Regierungen Bevollmächtigten sich bindend zu einer förmlichen Unterzeichnung verpflichtet haben, vorher aber noch eine staatliche Genehmigung zu erfüllen ist, die sich infolge der Beteiligung der freien Stadt Danzig an den vertraglichen Bestimmungen ergibt. Nach der deutsch-polnisch-Danziger Konvention werden die auswärtigen Geschäfte Danzigs von Polen besorgt. Polen kann jedoch Verträge mit anderen Staaten, welche mittelbar oder unmittelbar die Interessen Danzigs betreffen, nicht abschließen ohne eine vorherige Befragung der freien Stadt Danzig. Infolgedessen war auch ein Bevollmächtigter der freien Stadt Danzig zu den Pariser Verhandlungen zugezogen, und Regierung und Parlament Danzigs werden in der nächsten Zeit die vorgesehene förmliche Stellungnahme zu dem deutsch-polnisch-Danziger Durchgangsabkommen herbeiführen. Unmittelbar danach erfolgt die förmliche Unterzeichnung dieses Abkommens in Paris. Dann geht das Abkommen, dessen Veröffentlichung nach internationalem Brauche dann erst erfolgen darf, an die deutsche und polnische Regierung zwecks Herbeiführung der Ratifikation durch die Parlamente. — Der ostpreussische Bevollmächtigte, Oberregierungsrat Dr. Herbst hat nach seiner Rückkehr von Paris dem Herrn Oberpräsidenten über den Verlauf der Pariser Verhandlungen und über die Ergebnisse eingehend Bericht erstattet. Das vorläufig nur im amtlichen französischen Texte vorliegende Vertragswerk ist außerordentlich umfangreich. Es gibt an Umfang dem Versailler Vertrag wenig nach. Die Vertragsbestimmungen werden durch umfangreiche Ausführungsbestimmungen ergänzt. Alles in allem kann heute das nur gesagt werden, daß das Abkommen, soweit es die im Versailler Vertrag erzielten Bandeschränken zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland überhaupt zulassen, den Lebensbedürfnissen Ostpreußens in möglichst weitgehender Weise Rechnung trägt, wenn auch, was nicht verschwiegen werden darf, unter Opfern, die das Reich für seine Ostprovinz gebracht hat.

Der Ausverkehr zur Ostmesse Königsberg. Die Danziger Luftpost G. m. b. H., die im Verein mit der Lloyd-Flug G. m. b. H. seit dem 1. Januar 1921 die Postbeförderung von Berlin nach Königsberg und zurück betreiben hat, nimmt in diesen Tagen auch den Personenverkehr auf der Strecke Danzig-Königsberg und Danzig-Schneidemühl-Berlin auf. Besucher der Königsberger Messe finden hierdurch eine günstige Reisegelegenheit. Die Flugdauer Danzig-Königsberg beträgt etwa eine Stunde, der Fahrpreis von Danzig nach Königsberg 100 M., von Danzig nach Berlin 700 M. Zur Verwendung gelangen die schnellsten und modernsten Verkehrsflugzeuge — Junkers Typ —. Die Flugzeuge starten von der Prinzenhalle auf dem Großen Erzerplatz. Für den Flug ist irgend-

welche Sonderbefreiung nicht notwendig. Der Kartenverkauf findet im Bureau des Norddeutschen Lloyd — Hohes Tor, Fernsprecher 1777 — statt. Dort ist auch das nähere über die Flugzeiten usw. zu erfragen.

Die Esperantosprache im internationalen Handelsverkehr. Die Handelskammer von Paris hat die Einführung des fakultativen Unterrichts von Esperanto in die Handelschulen beschlossen. Es wurde dabei der Wunsch ausgedrückt, daß dieser Unterricht in Frankreich und im Ausland allgemein werde und daß die Handelskammern von allen Ländern die schnelle Verbreitung der internationalen Hilfssprache begünstigen, um so die Handelsbeziehungen zu erleichtern. Um die Tauglichkeit der Esperantosprache zu prüfen, wurden drei Herren beauftragt, einen ausgedehnten schwierigen französischen Text in das Esperanto zu übersetzen. Drei andere Herren denen der Sachverhalt unbekannt war, erhielten dann den Auftrag, diesen Esperantotext in die französische Sprache zu übersetzen. Hieraus wurde das Original mit der Uebersetzung verglichen, und es stellte sich heraus, daß beide dem Sinne noch genau übereinstimmen. Die Pariser Handelskammer begründet ihren Beschluß damit, daß man mit der Einführung eines so trefflichen Hilfsmittels für die Verständigung der Völker nicht warten könne, bis andere Völker sich zur Einführung entschließen; denn dasjenige Volk, welches mit der Einführung vorangehe, würde auch zuerst die Früchte dieser Einführung ernten.

Offene Stellen für Hausangestellte. Das städtische Arbeitsamt sucht in der heutigen Nummer Köchinnen, bediente Stubenmädchen und Hausmädchen mit und ohne Kochkenntnisse sowie Landmädchen, welche melken können. Auf die Anzeige des Magistrats wird verwiesen.

Als Ergebnis der Wohltätigkeitsveranstaltung „König in Mode“, die unter dem Protektorat von Lady Hasing und Frau Senatspräsident Sahm stattfand, hat die Firma Gebr. Freymann für die Danziger Ferienkolonien eine Summe von 11 500 Mark überwiesen. Hierin ist ein Betrag von 1500 Mark enthalten, den Oberkommissar Hasing der Firma aus Anlaß des Festes für die Ferienkolonien übergeben hat.

Diabulirabend. Am Montag, abends 6 Uhr, im Parteibureau, 4. Damm 7 II, Vortrag des Genossen Behrend. Frauengruppe um 8 Uhr. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Im betrunkenen Zustande ausgeplündert. Ein Fütterer aus Kriesshof, der in der Wortsache Born als Zeuge geladen war, hatte sich nach Beendigung der Verhandlung in einem Lokal einige Schnäpse geleistet, die bei ihm einen Rausch verursachten. Zwei Menschen, darunter der vielfach verurteilte Taddeus Hans Lunar, führten den Betrunkenen von der Reibbahn bis zur Piarraasse. Während dieselben schon auf dem Transport seine Kleider visierten, warfen sie ihn dort zu Boden und raubten ihm das Geld, das er in einem Buche im Betrage von 500 M. bei sich trug. Ihr Tun wurde aber von einem Oberwachmeister beobachtet und es gelang diesen, den Lunar festzunehmen, während der andere Täter die Flucht ergriff. Bei L. fand man das geraubte Geld nicht vor. Bei der Vernehmung im Polizei-Gefängnis verweigerte L. die Aussage.

Gandel mit falschen Polennoten. Beim Handel mit polnischen falschen 1000 M.-Scheinen wurde der angebliche Verkäufer Franz Pejzschke aus Weßlin auf dem Langenmarkt betrogen. Mehrere tausende falscher Noten wurden bei ihm vorgefunden, und wurde er dem Gericht zugeführt.

Polizeibericht vom 12. März 1921. Verhaftet: 18 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 2 wegen Bedrohung, 1 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Straßenraubes, 1 wegen Handelns mit gefälschten Banknoten, 1 wegen Bettelns, 4 in Polizeihaft.

Berichte, Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung, einberufen von der Sozialdemokratischen Partei fand am Mittwoch in St. Albrecht im Lokale Wärtens statt. Abg. Genosse Behrend, sprach über das Thema: „Ein Jahr Freistaatpolitik“. Ausgehend von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beleuchtete der Redner die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Freistaat. Die arbeitende Bevölkerung hat unter den augenblicklichen Zuständen am schwersten zu leiden. Arbeiter erläuterte der Redner die Zusammenhänge und die Arbeit des Volkstages. Er kennzeichnete das arbeitserleidende Verhalten der bürgerlichen Parteien. Während die Einradikalen die Arbeiterschaft immer mehr auseinanderreißen, schließen sich auf der anderen Seite die bürgerlichen Parteien zusammen. Anträge, wie Erhebung einer Vermögenssteuer, sind von den bürgerlichen abgelehnt. Auch die Regierungsbildung des Senats unterzog der Redner einer scharfen Kritik und ging in besonderem auf die Neuordnung des Polizeiwesens ein, die eine große Belastung der Steuerzahler sei. Die interessanten Ausführungen wurden von den zahlreich erschienenen aufmerksam aufgenommen. In der Diskussion erklärte ein Kommunist, daß seine Partei eingesehen habe, daß durch die Nichtbeteiligung an den Wahlen der Arbeiterkraft nicht geholfen werde. Er glaubte jedoch der Versammlung empfehlen zu müssen, die ganze Hoffnung auf Sowjet-Rußland zu legen. Für diese Illusionspolitik fand er bei den Versammelten aber keine Gegenliebe. Im Schlußwort berichtete der Redner den starkgläubigen Massenjüngern, daß wir keine Ursache haben, uns rufliche Zustände herbeizuwünschen. Mit der mahrenden Aufforderung, sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, schloß der Versammlungsleiter die eindrucksvolle Versammlung.

Aus den Gerichtssälen.

Rächtlicher Schwelmediebstahl. Ein früherer Soldat brach mit anderen Personen im Mai 1919 nachts in Gottswalde bei einem Pächter in den Stall ein. Man führte ein Schwein hinaus und schlachtete es, um das Fleisch nach Danzig zu bringen. Die anderen Personen sind bereits bestraft. Der Angeklagte hatte sich als Soldat ausgegeben und führte eine Armeepistole bei sich. Er will sich an der Tat nicht beteiligt haben. Die anderen Angeklagten haben ihn aber belastet. Das Gericht verurteilte ihn wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus.

Aus dem deutschen Osten.

Polen zum Einmarsch in Ostdeutschland bereit?

Die „Gaz. Odonsta“ meldet am 12. 3.: „Es kommen Nachrichten aus Paris, daß die Alliierten Staaten bereit sind, Polen ein Mandat zur Besetzung der östlichen Länder Deutschlands zu erteilen, falls Deutschland sich weigert, die Bestimmungen des Friedensvertrages und die Forderungen der Alliierten betreffs der Entschädigungen und der Kriegsschulden auszuführen.“

Wir hegen einstweilen Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Meldung und halten sie für einen Versuchsalloon. Immerhin hat sie nach dem kürzlich in Paris abgeschlossenen französisch-polnischen Militärabkommen, dem schon damals französische Blätter ähnliche Zwecke unterstellten, einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Daß die Polen ungeduldig auf einen Scheinvorwand für die Besetzung deutscher Gebiete brennen, auf die im übrigen auch ihre starken Truppenzusammenschlingungen an der ostdeutschen Grenze hindeuten, glauben wir ohne weiteres. Nicht der geringste Grund dürfte dabei der Wunsch sein, die für Polen wenig aussichtsreiche Abstimmung in Oberschlesien zu terrorisieren.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber. (Fortsetzung.)

Der Bauer schlug mit der Hand auf den Tisch. „Sag mir nur, was eine Mochl ich doch wissen, was hast denn eigentlich auf der Wiesen zu suchen gehabt?“
„Aber gar nix mit Vater. Freigestanden, es war halt' ein unbekannt's Stück.“
„Ein unbekannt's Stück? Na ja, hab' mir's eh' denkt, das is' allweil dein letzte Mod'. Bis zum Kais' hinauf hab' ich's schon, deine unbekannt's Stückel! Komme mir nit wieder damit!“
„Es wird nig mehr vorkommen.“
Der Alte erhob sich. „Sagst auch allweil' aber wenn du glaubst, mit mir spöken zu können, werde ich dir doch 'nächst ein' Ernst zeigen.“
„Wird nit notwendig sein.“
Der Bauer duckte den Kopf zwischen die emporgezogenen Achseln und ging murrend nach der Türe.
„Gute Nacht, Vater.“ rief Toni und sah ihm verstoßen schmunzelnd nach.
Der Alte ging nach seiner Schlafkammer, die nichts enthielt, als ein Nachtkästchen, zwei Stühle und ein Bett mit eisernem Gestelle, da hält sich kein Ungezieser, und auf Strohsack, Rohhaarpolster und unter rauher Alge schlüft sich am gesündesten, das hatte dem Sternsteinhofbauer einer verlehrt, der beim Militär gewesen und trotz ausgelebener Strapazen hundert Jahre alt geworden war und so weit, hoffte er, es auch zu bringen. Er dachte, daß er ne' lange nicht ins Ausgeding müße, und an den „unbekannt's Stückel“ seines Sohnes immer eine gute Ausrede haben werde, wenn er der Zeit und zu dessen Gunsten auch nicht wolle.
Das hätte der Toni wissen sollen; ihm würde aber seinen nachsichtigen Vater das Lachen vergangen sein.

VI.

Am Morgen des zweiten Tages darnach lehnte der Toni vom Sternsteinhof an der Bretterwand einer Schauer und schmauchte sein Pfeifchen. Er sah hinaus nach dem Gauden des Alcebiner Muckel, der sich im Vereine mit dem alten Tagwerker Gregori mühte, eine große Alte heraus und auf einen Schiedsarren zu schaffen; nachdem sie das fertig gebracht, bückte sich der Alte, um das Schreibband, das ihm von den Fischen herabbaumelte, an die Hand haben zu legen, dann sprack er in die Hände, griff zu und fuhr des

Die Helene, die unter ihrer Türe gestanden hatte, kam jetzt herzu. Muckel sah sie an der Hand und beide schritten plaudernd, langsam hinterher. Die alte Alcebinerin lief in das Vorgärtel, nickte und sah ihnen lange nach.

Die Pirne ging mit bloßem Kopfe, sie wird also den Holzschneider nur eine Strecke und nicht allzu weit begleiten.

Toni packte in kurzen, hastigen Stößen Rauchwölkchen aus seiner Morgenpfeife, während er den beiden da unten wandelnden, immer kleiner werdenden Gestalten mit den Augen folgte, bis er sie ganz am oberen Ende des Ortes, nicht größer wie Krähen im Schnee, hinter der Wegkrümmung verschwinden sah. Er blickte um sich, und da er niemand in der Nähe merkte, machte er sich eilig davon, legte, fast laufend, die Strecke bis zur Alcebin' zurück, dort lehnte er sich ans Geländer, verschluckte ein wenig und ging dann langsam zum Dorfe hinaus.

Er schritt bedächtig immer zu, bis er auf Helene traf, die gerade unter dem Busche stand, wo sie sich damals verstoßenerweise mit Muckel zusammengefunden.

„Grüß dich Gott, Pirn.“ sagte Toni.

„Auch so viel.“ entgegnete Helene.

„Wohin des Wegs?“

„Den Muckel hab' ich begleitet, jetzt geh' ich wieder heim.“

„So, den Muckel? Ist das dein Schatz?“

„Ja, wohnt' nit, warum ich dich in dem Glauben irr' machen sollt'; er wird schier so was sein.“

„Wundert mich.“

„Daß ich einen Schatz hab'?“

„Doch nit. Eine, wie du, kann zehn für ein' haben, wann's wil'.“

„Na, jetzt reicht, eben wenn es aufs Wollen ankommt, da taugen mir die zehn für einen schon gar nicht, da wär mir schon einer wie zehn lieber.“

„Ja, aber so einer wie zehn is' doch der Muckel nit!“

„Das sag' ich auch nit, aber laß mir'n in Fried'. Daß er mir mehr gilt wie ein anderer mag dir völli genügen, um wieviel mehr, kann dir gleich sein.“

„Nein, das is' mir eben nit gleich, das mocht' ich wissen, du, als d' Schönl!“

„Schwäh' du nit von der Schönl! Lang bevor ihr ang'haben habt, mich als dieselbe aus'fchreien, hab' ich ihm schon dafür 'alten. Vielleicht verstehtst, daß er dadurch schon gegen andere voraus hat; vielleicht auch nit, jedenfalls erspar' ich das Erklären.“

„Verständ' es, eh', wann er nur wie unser einer und kein in Goldmundl wär', oder du eine, die sich mit jedem zufriednen gehen müßt', das is' aber mit und zu dir paßt ein' sauberer.“

„Ah, mein, dem frag' ich grad' nach! Säubrigkeit hab' ich für mich selber g'nug und von ein' in andern keiner laßt sich nichts herunterbeihen.“

„Freilich nit, aber es könnt' sich ja einer finden, der mehr hat wie der Muckel, wovon mer herunterbeihen kann, und da wurd' doch nit schaden, wenn der nämlich ein' wengel' leidlicher zum Anschau wär'?“

Die Pirn sah den Burschen mit zugewinkenen Augen von der Seite an. „Natürlich, weicht' du mir auch gleich ein' solchen?“

„Könnte sein.“ schmunzelte Toni, „und am Ende is' er gar nit weit von da.“

„Wann du ihm begegnest, so sag': ich lieh' ihn schön grüßen und meinethalben möcht' er nur bleiben, wo er is'.“

„Ich werd' ihm's sagen, glaub' aber nit, daß er sich daran lehrt.“

„Das is' kein' Sach'. Und jetzt, behüt' Gott!“

„No, eil' nit, ich ging' gern noch mit dir.“

„Kannst' ja, wenn mer ein' Weg haben.“

„Daß mer sich austreden, aber da durch's Ort.“

„Dir g'lieb' werde ich doch kein' Umweg machen? Jä wüßt' nit warum und wogu. Was ich von dir anhören mag, das kannst' schon auf offener Straße vordringen, wenn auch Leute unter den Ären stehen, oder aus den Fenstern schauen.“

„Eben der Leute weger is' mir um dich.“

„Nur mich? Was brauche ich die Leute zu scheuen, wo ich ihnen unter den Augen herumgehe? Aber du fürchtest' wohl, daß deinem Vater zu Ehren kommt, du wärst da herunter mit einer von uns gesehen worden?“

„O, hoho!“ lachte der Bursche. „Da kennst' du meinen Vater'n schreckt; der schreit' wohl bei jedem Anlaß rechtlichaffen herum, aber schließlich, wie groß er is', steck' ich ihn doch in' Sack.“

„Da gib' nur Obacht, daß du dir nit doch einmal die Taschen dabei gereicht.“

„Rein' Sorg! Bei meinem Vater'n richt' ich all's was ich wil'.“

„Alles?“

„Alles!“

„Na, s' wird sich wohl auch bei allen Pöbeln' um mir W-fouderes gehandelt haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Schürzen Schürzen Schürzen

Ein
außer-
gewöhnlich
billiges
Sonder-
Angebot



Die
Qualitäten
sind
hervor-
ragend

- Farbige Wirtschaftsschürze ohne Latz blau-weiß gepunkt Leinen 6⁷⁵
- Weißer Zierschürze ohne Träger, reich garniert 9⁷⁵
- Linten-Schürze blau-weiß gemustert, grüßige Ware 18⁵⁰
- Weißer Zierschürze mit Trägern, mit Stickerei hübsch garniert 23⁷⁵
- Wiener Form „Alma“ wie Abbildung, la Water gestreift 23⁷⁵
- Blusenschürzen haltbare Stoffe, reich garniert 28⁵⁰
- Wiener Form blau-weiß gestreift oder gepunkt Körper 29⁵⁰
- Wiener Form la Water, extra weit 29⁷⁵

		Knabenschürzen prima Water, gestreift, farbig gepaspelt			
Länge		40	45	50	55
		12 ⁷⁵	13 ⁷⁵	14 ⁷⁵	15 ⁷⁵
		Mädchen-Hänger-Schürzen graumeliert Siamosen, farbig besetzt			
Länge		45	50	55	60
		8 ²⁵	8 ⁷⁵	9 ²⁵	9 ⁷⁵
		Mädchen-Hänger-Schürzen la Water, gestreift, hübsch garniert			
Länge		45	50	55	60
		14 ⁵⁰	16 ²⁵	18 ⁰⁰	19 ⁷⁵
		Mädchen-Hänger-Schürzen „Anna“ wie Abbildung, prima Water			
Länge		45	50	55	60
		19 ⁷⁵	22 ⁵⁰	25 ⁵⁰	28 ⁵⁰
		Farbige Schulschürzen „Astoria“ wie Abbildung, hell oder dunkel gestreift Water, la Qualität			
Länge		60	65	70	75
		20 ⁵⁰	23 ⁵⁰	26 ⁵⁰	29 ⁵⁰
		Farbige Schulschürzen blau-weiß gepunkt oder gestreift Körper			
Länge		60	65	70	75
		22 ⁵⁰	24 ⁵⁰	27 ⁵⁰	30 ⁵⁰

Ein Posten
Knaben-Wachstuchschürzen 3⁹⁰

Ulstein-
Schnittmuster
im 1. Stock

FREYMAN

Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
Mittwoch, den 16. März, abends 7/8 Uhr,
Loge Eugenia, Neugarten 18
Vortrag des Herrn Professor Dr. Stahr über:
„Die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten
für das Volkswohl“.
Eintritt frei.

Der Atheist
von Ernst Ewert
Preis 1.50 Mark
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

lebendfrischen Dorsch
Täglich eintreffend
Pfund 2 Mark, auf dem (3821)
Fischmarkt und in Geschäften zu haben.
Rat und Auskunft
in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen
und Mädchen jeden Mittwoch von 6-7 Uhr abends
Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Baum 7H, Zimmer 4.

Volksfürsorge,
Bewerkstelligung von
sozialen Versicherungs-
Anstalten
- Sterbekasse -
Kein Polizeiverfall.
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Kassenstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Reichenbach 25.